

#OhneUnsVielSpaß

Die Forderungen - November 2015 - Juli 2016



Frauen erWIRTSCHAFTen Zukunft

Frauen. Wirken. Regional

Frauen ARM in OberösterREICH

Demokratie braucht Freiheit braucht Frauen

Für mehr Sicherheit und Chancengleichheit



#ohneunsvielspaß – Zukunft gelingt nur mit uns!

Der Umgang mit Frauen ist der Lackmустest einer Gesellschaft. Wie geht man in Oberösterreich im Jahr 2016 mit Frauen um? Ein gleichwertiges Miteinander ist noch immer keine Selbstverständlichkeit. Daher gilt es jeden Tag wieder dafür aufzustehen!

Sie sind unsere Frauenlandesrätin. Wir sind Ihre Zivilgesellschaft. Wir geben Ihnen unsere Unterstützung, aber auch einen Auftrag. Sorgen Sie bitte dafür, dass Oberösterreich im 21. Jahrhundert ankommt - because it's 2016.

Von November 2015 bis Juli 2016 haben wir in der Gruppe #ohneunsvielspaß an vielen Themen gearbeitet, Gedanken geschärft, Forderungen formuliert und öffentlich kundgetan.

Von allen Forderungen sind uns folgende ganz besonders wichtig.

Monitoring

Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit müssen für die Gesellschaft selbstverständlich sein. Wir fordern daher die Erarbeitung und Einrichtung eines systematischen Monitorings zur Erfassung des Gender-Gap in Oberösterreich und in der Folge die Definition von Zielen und Teilschritten zur Erreichung gelebter Geschlechtergerechtigkeit in Politik, Wirtschaft und Sozialpartnerschaft.

Kinderbetreuung

Ihre Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für jedes Kind – das finden wir richtig und wichtig.

Bildung

Wir wollen für unsere Kinder aber auch modernen Unterricht, in dem Demokratie und politische Bildung ihren selbstverständlichen Platz finden. Ebenso wie kritisches Denken und Reflektieren von Stereotypen in der Gesellschaft. Damit die nächste Generation an Frauen nicht mehr für ihre Teilhabe kämpfen muss, sondern es zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Gleichwertige Teilhabe

Wir fordern Sie außerdem auf, Ihre Stimme als Landesrätin dafür zu erheben, dass unsere Gesellschaft in politischen Gremien ausgewogen repräsentiert wird. An einem Maßnahmenplan arbeiten wir gerne mit!

#OhneUnsVielSpass

Die Angelobung einer frauenlosen Landesregierung in Oberösterreich rief im Oktober 2015 die Frauen auf den Plan: Über Facebook formierte sich innerhalb weniger Stunden eine Gruppe von Frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen – unabhängig von Parteizugehörigkeit, Beruf und Herkunft. Verbunden allein durch die gemeinsame Überzeugung, eine Regierung rein aus Männern im Jahr 2015 nicht unkommentiert hinnehmen zu wollen. “Ohne uns? Viel Spaß!” war das Motto, und unter dem Hashtag #OhneUnsVielSpass machen wir seither auf die fehlende Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen der Gesellschaft aufmerksam.

Seit unserem stillen Protest bei der Angelobung der Mitglieder der Landesregierung am 23. Oktober 2015 haben wir zu den Landtagssitzungen Parallel-Regierungssitzungen vor dem Landhaus veranstaltet und dort Forderungen gestellt, die eines gemeinsam haben: Die gesellschaftliche Realität abzubilden, in der Männer und Frauen als gleichwertige Partnerinnen vertreten sind und gleiche Rechte haben.

Die Gruppe #OhneUnsVielSpass ist eine stetig wachsende Plattform, in der sich Frauen parteiunabhängig gesellschaftspolitisch für die Anliegen der Frauen in Oberösterreich engagieren. Die Gruppe ist Mitglied des Bündnis 8. März, in dem sich 31 Frauenorganisationen in Oberösterreich zusammengeschlossen haben mit dem Ziel, Frauenpolitik sichtbar zu machen. Weltanschauliche, religiöse und politische Grenzen treten zurück und das gemeinsame Anliegen steht im Vordergrund. So wünschen wir uns Frauenpolitik – abseits von Ideologien und Parteien. Dafür treten wir ein und setzen ein Zeichen.

www.ohneunsvielspass.at

gemeinsam@ohneunsvielspass.at

„Die Anerkennung der Gleichbehandlung der Geschlechter und des Rechts auf gleiche Teilnahme in allen Bereichen des Lebens ist ein grundlegendes Menschenrecht. Eine grundlegende Voraussetzung für die Verwirklichung von Demokratie ist, dass alle Mitglieder der Gesellschaft - Frauen und Männer - die gleiche Chance zur Teilhabe und Teilnahme an allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens haben. Erst die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise Privatleben ermöglichen.“

Quelle:

http://www.bmgf.gv.at/home/Frauen_Gleichstellung/Gender_Mainstreaming_Budgeting/

Dieses vom Ministerium für Frauen und Gesundheit formulierte Prinzip liegt allen unseren Forderungen, die wir in den sieben Parallel-Regierungssitzungen von November 2015 bis Juli 2016 formuliert haben, zu Grunde.

Linz, am 29. September 2016

7. OÖ - Parallel-Regierungssitzung

07. Juli 2016

Frauen erWIRTSCHAFTen Zukunft

Angelobung des ersten männlichen Mitglieds der OÖ Parallel-Regierung als Landesrat für Männerangelegenheiten.

„Die oö. Parallelregierung ist stolz darauf, damit der gesellschaftlichen Realität nun Rechnung zu tragen – denn immerhin stellen die Männer fast 50 Prozent der Bevölkerung!“

1. Landesrätin für Wirtschaft: Antrag auf Unterstützung und Stärkung von Unternehmerinnen in Oberösterreich

Die oö. Unternehmen schaffen 455.000 Arbeitsplätze und 23.600 Lehrplätze – Frauen stellen mit 34.000 Unternehmerinnen fast die Hälfte der oö. Unternehmerschaft. Auf diese Leistungen zu verzichten, kann sich die Gesellschaft nicht leisten. Deshalb müssen Interessensvertretungen, Versicherungen und politische Entscheidungsträger/-innen Regelungen schaffen, die Unternehmerinnen stärken und zukunftsorientierte Rahmenbedingungen ermöglichen.

Wir fordern daher:

- **Ein Recht der Unternehmerinnen auf leistbare, örtlich und zeitlich flexible Betreuung ihrer Kinder. Die Betreuungszeiten müssen der Arbeitsrealität angepasst sein, das heißt flexibel wählbare mögliche Betreuung bis mindestens 18 Uhr, auch an Samstagen und Zwickeltagen, mit maximal drei Schließwochen pro Jahr.**
- **Streichung der WKO-Grundumlage während einkommensfreier Mutterschutz- und Kinderbetreuungszeiten**
- **Eine Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit des Kinderbetreuungsaufwandes von derzeit 2.300 Euro für Kinder bis 10 Jahre auf Kinder bis mindestens 14 Jahre. Ein Recht auf Krankengeld auch für Unternehmerinnen, was derzeit erst ab der 43. Woche einer Arbeitsunfähigkeit für maximal 20 Wochen für ein und dieselbe Krankheit möglich ist und die Abschaffung des Selbstbehaltes.**
- **Weniger Bürokratie für Ein-Personen-Unternehmen, die derzeit fast 60 Prozent der Unternehmen in OÖ darstellen: Wir fordern eine einfache Steuererklärung für EPU mit Pauschalierung, eine Anhebung der Kleinunternehmerregelung auf 35.000 Euro Nettoumsatz, flexiblere, der Situation des Unternehmens rasch anpassbare SVA- Beiträge, sowie die unbürokratische pauschale steuerliche Begünstigung von Arbeitsräumen im eigenen Wohnungsverband.**

2. Landesrat für Männerangelegenheiten: Antrag über gerechte Aufteilung von Betreuungs- und Versorgungsarbeit sowie Gleichstellung von Fürsorge- mit Erwerbsarbeit

Die unbezahlte Fürsorgearbeit in Oberösterreich ist weiblich. Die Versorgung, Betreuung und Pflege von Kindern, Kranken und alten Menschen wird zu zwei Drittel von Frauen geleistet, zu einem Drittel von Männern. In Oberösterreich wird Kinderbetreuungsgeld von rund 95 Prozent der Frauen und nur 5 Prozent der Männer bezogen. Auch werden bis zu 85 Prozent der pflegebedürftigen Menschen zu Hause überwiegend von Frauen - Partnerinnen, Töchtern, Schwiegertöchtern - betreut. Diese pflegenden Frauen sind meist noch im aktiven Erwerbsalter.

Durch diesen hohen Anteil an weiblicher unbezahlter Sorgearbeit in den Familien ist die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen im Vergleich zu den Männern gering. Frauen in Oberösterreich sind überwiegend teilzeitbeschäftigt. Diese geringe Erwerbsbeteiligung wirkt sich auf die Einkommen der Frauen und auf ihre soziale Sicherung im Falle von Arbeitslosigkeit sowie später im Alter negativ aus. Dadurch besteht für Frauen ein viel höheres Armutsrisiko als für Männer.

Fürsorgearbeit hat nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft große Bedeutung.

Wir fordern daher:

- **Eine partnerschaftliche und gerechte Aufteilung der Betreuungs- und Versorgungsarbeit durch verstärkte Förderung der Einbeziehung von Männern bei „Sorgearbeit“ wie beispielsweise Papa-Monat und mehr Auszeit-Modelle für Pflege- und Betreuungstätigkeiten**
- **Verstärkte Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf durch ein Recht auf flexible lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung und vor allem durch eine Förderung von Teilzeitvarianten für Männer**
- **Im Pensionsrecht eine Gleichstellung der Fürsorgearbeit mit Erwerbsarbeit und volle Anrechnung von unbezahlter Fürsorgearbeit auf die Pension**
- **Einen gerechten Lohn für Fürsorgearbeit**
- **Eine Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung von Fürsorgearbeit**

3. Landesrätin für Bildung: Forderung zu Chancengleichheit und Karrieremöglichkeiten weiblicher Führungskräfte

Noch nie gab es so viele gut ausgebildete Frauen wie heute, ca. 56% der Studienabgänger sind weiblich. Während ein großer Prozentsatz der Berufsanfängerinnen (etwa 40 %) den Aufstieg ins Management plant, sind es einige Jahre später nur mehr ca. 15 %. Neben den bereits erwähnten Verbesserungen in der Vereinbarkeit von Beruf, Privatleben und Familie, braucht es in der mittleren Phase der Karriere ehrliche Anerkennung und Unterstützung, denn genau hier beginnen die Frauen, die Karriereleiter zu erklimmen. Dies bedeutet sowohl eine Änderung von Organisationskulturen als auch gesellschaftlicher Sichtweisen.

Wir fordern daher:

- **Maßnahmen zur Unterstützung von Organisationen für die Änderung ihrer**

Unternehmenskultur – Sensibilisierung zu und Sichtbarmachung von wirtschaftlichen Vorteilen gemischter Führungsteams

- **Ausbau von Mentoringprogrammen verbunden mit Potenzialentwicklungsmaßnahmen und klar definierten Zukunftsperspektiven für Frauen sowohl in Unternehmen als auch im öffentlichen Sektor**
- **Ausweitung von Teilzeitführungsmodellen**
- **Anpassung der Mechanismen und Prozesse bei der Einstellung von Mitarbeiter/innen und im Talente-Management, mit welchen speziell weibliche Talente unterstützt und gefördert werden.**

6. OÖ - Parallel-Regierungssitzung

16. Juni 2016

Frauen. Wirken. Regional

1. Landesrätin für Verkehr und Energie: Mobilität

Frauen und Männer sind auf unterschiedliche Weise mobil. Männer haben oft längere Pendelwege, um zu ihrer Arbeit zu kommen. Frauen legen hingegen komplexere Wegeketten zurück: Kindergarten, Arbeit, Arzt, Einkauf, Pflege der Eltern, etc. Wir fordern daher Konzepte, die der Vielfalt unseres Lebens am Land gerecht werden und Frauen in den Regionen Mobilität sichern. Unsere Kinder sollen sich unabhängig von den Eltern bewegen können, damit sie möglichst eigenständig ihr Leben führen können. So können wir unseren Alltag unabhängiger gestalten. Der ländliche Raum soll bei Mobilitätskonzepten mitgedacht werden und dabei auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen eingegangen werden.

Wir fordern daher:

- **Eine Erhebung zu den unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen von Menschen im ländlichen Raum**
- **Ein verstärktes Angebot von flexiblen Angeboten wie Car-Sharing oder regionalen Taxidiensten sowie die Entwicklung weiterer neuer Mobilitätsmodelle**
- **Den Austausch von Ideen zwischen Regionen und zwar auf Ebene der Bürger/innen direkt, nicht nur auf Ebene der Politik**
- **Die Einbeziehung von Frauen in die Planung (derzeit sind 4% der Planer/innen weiblich)**

2. Landesrätin für Männerangelegenheiten und Kinderbetreuung:

OÖ hat den traurigen letzten Platz innerhalb der Bundesländer beim Angebot von Kinderbetreuungsplätzen für unter 3-jährige (OÖ 3%, Wien 38%). Bei Kindern bis 6 Jahren ist OÖ Vorletzter mit 14% (Wien 84%). Noch sind es zum überwiegenden Teil wir Frauen, die die Betreuung unserer Kinder übernehmen. Wir wollen allerdings von diesem einzementierten Frauenbild ein Stück weit weg kommen. Kinderbetreuung ist ein wesentliches Element für die Teilhabe am Erwerbsleben und somit für die eigene finanzielle Absicherung von Frauen, vor allem für Alleinerziehende. Wir fordern daher:

- **den qualitativen und quantitativen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen auch im ländlichen Bereich**
- **die Entwicklung innovativer Betreuungskonzepte, welche mehr Flexibilität, kurzfristige Inanspruchnahme sowie Möglichkeiten zu Ferienzeiten bieten.**

3. Landesrätin für Bildung und soziale Kompetenz:

Die Abwanderung von jungen Frauen aus den ländlichen Räumen vor allem in der Phase der Ausbildung ist keine neue Erkenntnis. Problematisch wird es dann, wenn diese Abwanderung dauerhaft ist, weil die jungen Frauen immer seltener erkennen können, dass ihre Lebensplanung auf dem Land zu verwirklichen ist und sich dadurch die Geschlechterproportionen im ländlichen Raum einseitig verschieben. Zu bleiben oder zu gehen ist eine individuelle und oftmals von persönlichen Umständen geprägte Entscheidung. Es ist wichtig, die Motive und Ursachen für eine verstärkte Abwanderung junger Frauen in den Blick zu nehmen und daraus Konsequenzen für die Zukunft abzuleiten. Ein zweites Bildungsthema in ländlichen Regionen ist das des Wiedereinstiegs bzw. der Weiterbildung für Frauen. Durch eingeschränkte Mobilität und kaum bis gar nicht vorhandenen flexiblen öffentlichen Verkehr sind Frauen klar benachteiligt und entscheiden sich entgegen ihrer Kompetenzen und Bedürfnisse oft für ein Leben in finanzieller Abhängigkeit von ihrem Partner. Regionale Bildungsprogramme vor Ort oder die Finanzierung der Umsetzung von Konzepten wie Mobile Ausbildung zu Altenpflegerinnen von den Gemeinden würde Wiedereinstieg und die damit verbundene Selbstständigkeit von Frauen massiv verbessern.

Wir fordern:

- **die Möglichkeiten für Telearbeitsplätze durch einen verstärkten Breitbandausbau zu verbessern.**
- **W-Lan in allen Gemeinden Oberösterreichs gratis anzubieten**
- **Unternehmensgründungen im ländlichen Raum, auch durch Frauen, zu fördern und Frauen durch konkrete Beratungsangebote stärker zu unterstützen.**
- **Den Anteil weiblichen Betriebsnachfolger durch gezielte Kampagnen und spezifische Förderung zu erhöhen. Nicht nur im Handwerk, auch in der Landwirtschaft sollte die Betriebsnachfolge durch junge Frauen eine größere Bedeutung einnehmen.**
- **Wanderungsbewegungen als Chance zu begreifen und aktiv Perspektiven zu gestalten**
- **Weiterbildungs- und Wiedereinstiegskonzepte speziell für Frauen in ländlichen Regionen neu zu konzeptionieren und finanzielle Mittel für adäquate und moderne Programme zur Verfügung zu stellen. Die Abwanderung von jungen Menschen lässt sich nicht verhindern. Sie ist eine Option für junge Menschen und sollte nicht negativ bewertet werden. Kommunen müssen gemeinsam mit allen BewohnerInnen für eine Perspektive des Zurückkommens sorgen und dabei innovative Konzepte entwickeln.**

5. OÖ - Parallel-Regierungssitzung

12. Mai 2016

Frauen ARM in OberösterREICH

1. Landesrätin für Jugend und Bildung:

Gute Bildung führt nicht mehr zu einem entsprechenden Einkommen nach dem Studienabschluss. Besonders für AbsolventInnen geistes- und sozialwissenschaftlicher Studienrichtungen - und das sind mehrheitlich Frauen - ist es überhaupt schwierig einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu bekommen. Nach einem erfolgreich abgeschlossenen Studium finden sich viele in prekären Verhältnissen wieder. Einem gering entlohnten Praktikum folgt das nächste und es ist fast unmöglich sich damit am Arbeitsmarkt zu etablieren. Viele junge gut ausgebildete Frauen nehmen aus Angst heraus auch (Teilzeit-)Jobs oder unbezahlte Praktika an, für die sie eigentlich überqualifiziert sind.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der junge Frauen nicht am Arbeitsmarkt benachteiligt werden und prekäre Praktika den Normalfall darstellen. Wir wollen, dass junge Universitätsabsolventinnen eine existenzsichernde Beschäftigung entsprechend ihrer Ausbildung aufnehmen können.

Gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice soll wieder wie in den 80er Jahren ein eigenes Angebot für AkademikerInnen zur Verfügung gestellt. Es braucht ein spezifisches Beratungsangebot und darüber hinaus Einstellungsbeihilfen im innovativen sozialwirtschaftlichen Bereich wie vor vielen Jahren die sogenannte Aktion 8000.

Zur Verbesserung des qualitativen Berufseinstiegs der jungen Frauen (und Männer) beantrage ich daher die Entwicklung eines entsprechenden Maßnahmenbündels und dessen Finanzierung.

2. Landesrätin für Wohnen:

Die Diskrepanz zwischen niedrigem Arbeitseinkommen und hohen Wohn- und Energiekosten trifft vor allem Frauen. Besonders hart trifft es dabei alleinerziehende Frauen, die durch die Kinderbetreuungspflichten oft nur in Teilzeit arbeiten können. Zusätzlich verschärft wird dieses Ungleichgewicht durch die Einkommensunterschiede von Männern und Frauen von rund 25 %.

Eine Lösung für das Wohndilemma sehe ich zum einen, dass den z.B. Alleinerzieherinnen bzw. Teilzeitarbeitenden so entgegengekommen werden muss, dass diesen schlichtweg mehr im Börstel bleibt und sie mit dem Einkommen auskommen und sich damit auch Wohnen und Energie leisten können. Bezuschussungen zu Wohnen und Energie wären ebenfalls neu zu überdenken. Die Anrechnung der Alimente für die Berechnungsgrundlage der Zuschüsse ist ein Beispiel dafür, wie vor allem Alleinerzieherinnen benachteiligt werden.

Es ist Aufgabe der Politik, dass sie Konzepte entwickeln lässt, die tatsächlich leistbares Wohnen im geförderten Wohnbau, Mobilität und Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie für alle Menschen möglich macht.

Mein Antrag lautet auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes für leistbares Wohnen, unter Berücksichtigung der besonderen Situation von Alleinerzieherinnen.

3. Landesrätin für Alter und Generationenmanagement:

Jede vierte alleinstehende Frau ist in der Pension von Armut betroffen! Für diese alarmierende Tatsache ist nicht nur ein Grund verantwortlich, sondern ein ganzes Gründe-bündel. Einerseits ist erwiesen, dass Frauen mit Niedrigpensionen im Alter öfter krank und pflegebedürftig sind als Ältere mit hohen Pensionen, andererseits steht ihnen aber weniger Geld zur Verfügung, um sich die nötigen Dienstleistungen zuzukaufen. Die schlechte Wohnsituation und der mangelnde finanzielle Spielraum tragen dazu bei, dass es häufig zu sozialer Isolation kommt, Frau kann es sich einfach nicht leisten irgendwo „dabei zu sein“, Geld für Dinge auszugeben, die nicht unbedingt sein müssen. Bei der jetzigen Gesetzeslage wird aber der Prozentsatz der von Armut betroffenen Frauen wegen geringerem Einkommen und Teilzeitbeschäftigungen noch zunehmen.

Nicht zu vergessen die Gruppe auf die Texte wie diese zutreffen: Sein ganzes Leben hat der Opa gearbeitet. Jetzt arbeitet er nicht mehr. Er ist in Pension. Sein ganzes Leben hat der Opa gesagt: Die Oma arbeitet nicht. Jetzt tut die Oma, was sie ihr ganzes Leben getan hat

Kochen, waschen, putzen... und für alle sorgen. Die Oma ist nicht in Pension.

Wie sieht es aus mit einer neuen Bewertung von Arbeit, die Pflege- und Betreuungsarbeit aber auch Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement nicht ausklammert?

Es gibt viel zu denken und vor allem zu tun!

Um der Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern entgegenzuwirken beantrage ich heute ein ganzheitliches Maßnahmenpaket, das die Neubewertung von Arbeit, die unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit aber auch das Ehrenamt und das zivilgesellschaftliche Engagement beinhaltet.

4. Landesrätin für Ein-, Durch- und Auswanderung:

Die systematische Benachteiligung von Migrantinnen zeigt sich vorwiegend an 4 Teilbereichen:

- Rechtliche Bestimmungen verhindern oder beschränken den freien Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen
- Diskriminierung schon bei der Arbeitssuche: Verschiedene Studien und Erfahrungen von Frauenberatungsstellen zeigen, dass Migrantinnen weniger oft zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden als in Österreich geborene Bewerberinnen und schlechter Chancen haben, aufgenommen zu werden
- Überdurchschnittlich oft werden Migrantinnen unterhalb ihres Ausbildungsniveaus beschäftigt, sie müssen in Branchen arbeiten mit großer körperlicher und gesundheitlicher Belastung
- Migrantinnen verdienen weniger und haben schlechtere Aufstiegschancen: Die Einkommensnachteile für Migrantinnen bei vergleichbaren Tätigkeiten betragen zwischen 10-20%, sie sind daher öfter von Armut betroffen

Ich stelle daher den Antrag:

- **Freien Zugang zum Arbeitsmarkt bei rechtmäßigem Aufenthalt in Österreich**
- **Die verbesserte Anrechnung von im Ausland erworbenen Qualifikationen**
- **Eine Erhöhung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik für Migrantinnen um leichter Zusatzqualifikationen zu erwerben**

5. Landesrätin für Wirtschaft:

Die Situation der Frauen auf dem regionalen Arbeitsmarkt muss verbessert werden! Die Wirtschaft unseres Bundeslandes braucht einen Schub nach vorn um sich auf den globalen Märkten zu bewähren und unseren Wohlstand zu sichern. Neben fachlichem Expertentum braucht es Innovationskraft und soziale Kompetenz.

Innovation findet statt, wo unterschiedlichste Perspektiven in die Entwicklung von Produkten mit einfließen und vernetztes Denken und Handeln stattfindet. Frauen können hier eine wesentliche Rolle spielen. Internationale Studien zeigen zudem, dass gemischte Teams in Führungsgremien wesentliche Beiträge zur positiven Entwicklung der Unternehmen und Institutionen beitragen. Aus diesem Grund müssen die relevanten Entscheidungsträger davon überzeugt werden, Frauen – die hervorragend ausgebildet und qualifiziert sind – in die Führungsetagen ihrer Organisationen aufzunehmen, sonst verpassen sie den Anschluss!

Bei der vom Land OÖ ausgerufenen Offensive für Unternehmensgründungen soll überdies verstärktes Augenmerk auf die Situation von Gründerinnen gelegt und auch der Dienstleistungssektor mitbetrachtet werden.

In Hinblick auf die Situation von Frauen in Betrieben stelle ich fest, dass es nicht sinnvoll ist, dass sich jedes Unternehmen eigene GleichstellungsexpertInnen aufbaut. Für alle wesentlichen Fragen rund um Gleichstellung sowie maßgeschneiderte Maßnahmen für die Unternehmen ist die Einrichtung einer entsprechenden Unterstützungsstelle ratsam, welche berät, gemeinsam Maßnahmen entwickelt und auch die Umsetzung begleitet.

Zur Verbesserung der Situation der Frauen auf dem regionalen Arbeitsmarkt beantrage ich daher die Entwicklung eines Maßnahmenbündels, das Frauen als Arbeitnehmerinnen, als Führungskräfte auf allen Hierarchieebenen, als Unternehmerinnen und als Gründerinnen berücksichtigt.

6. Landesrätin für Kunst, Kultur und öffentlicher Raum:

Der öffentliche Raum ist für uns alle da und wir gestalten ihn auch alle maßgeblich mit. Nicht nur durch die Finanzierung mit unseren Steuergeldern, sondern auch indem wir uns tagtäglich darin aufhalten, bewegen, einander austauschen und treffen. Vor allem Namensgebungen und künstlerische Interventionen können maßgeblich zu einer Bewusstseinsbildung und Attraktivierung unserer gebauten und gestalteten Umwelt beitragen. Viel zu oft sind Frauen unterrepräsentiert wenn es um stadträumliche Gestaltung, Straßenbenennung und Implementierung von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum geht.

Ziel unserer Aktivitäten und Entscheidungen als verantwortungsbewusste zukunftsorientierte Landesregierung sollte auf alle Fälle das Gemeinwohl und die Existenzsicherung aller Beteiligten sein.

- Nachdem mind. 50% der Bevölkerung aus Frauen besteht soll sich das auch in unseren Stadt- und Landschaftsräumen, Straßen und Plätzen widerspiegeln. Daher wollen wir eine zukunftsträchtige Entwicklung mit folgenden Maßnahmen setzen:
- Evaluierung der Namensgebung von Straßen und Plätzen ob Frauennamen zumindest mit 50% und mehr vertreten sind und ggf Vorschläge für Neubenennungen erstellen
- Zumindest 50% der AuftragnehmerInnen im Bereich der Stadtgestaltung sollen weiblich sein.
- Zumindest 50% der EntscheidungsträgerInnen in allen Gremien, die den öffentlichen Raum bestimmen, sollen weiblich sein **Ich stelle den Antrag die vorgenannten Maßnahmen als Teil des Standortmarketingkonzeptes mit dem Ziel innovative und nachhaltige Entwicklungen in OÖ anzustoßen, zu beschließen.**

4. OÖ - Parallel-Regierungssitzung

1. April 2016

Demokratie braucht Freiheit - braucht Frauen

„Eine stabile Demokratie sichert die Freiheit aller Menschen und schützt Minderheiten. Wir setzen uns für eine lebhafteste Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungsprozessen ein. Von Menschen, denen bewusst ist, dass nur so ihre individuelle Freiheit gesichert ist.“

1. Landesrätin für Jugend und nachfolgende Generationen: Antrag für mehr Teilhabe und Nachhaltigkeit bei Entscheidungsprozessen

Wir Jungen fordern die nachhaltige Aufrechterhaltung demokratischer Prinzipien. Dazu ist es wichtig, auch uns junge Bürgerinnen und Bürger zu informieren und einzubinden. Wir dürfen ab 16 wählen, also wollen wir auch informiert werden und mitarbeiten. Wir wollen bei der Bearbeitung von Zukunftsthemen mitwirken und mitgestalten.

Pensionen, Frauenförderung, Einwanderung, Arbeitsmarkt sind für uns unsere Zukunft, unser künftiges Leben, nicht nur Diskussionsthemen.

Wir Jungen fordern, dass die Politik auch unpopuläre Entscheidungen nicht länger aufschiebt. Denn das führt zu Politikverdrossenheit gerade bei der jungen Bevölkerung. Und dies schwächt unsere Demokratie!

Wir Jungen fordern von unseren Politikerinnen und Politikern mehr aktive Lösungskompetenz in Themen, die gerade uns Junge betreffen.

2. Landesrätin für Bildung und soziale Kompetenz: Antrag zur Ausbildung von Jugendlichen und Lehrpersonal sowie Schaffung von Integrationsangeboten

Unsere Jugend lenkt das Europa von morgen.

Für die Generation, die in Frieden und Wohlstand aufwachsen durfte, ist Frieden selbstverständlich. Die Kenntnis um den Ursprung von Frieden und Freiheit ist eine Grundvoraussetzung für deren Erhalt.

Wir fordern daher verpflichtend in der Pflichtschule:

- Qualitätsvoller Demokratieunterricht und politische Bildung
- Ethikunterricht

Die Ausbildung des Lehrpersonals umfasst künftig:

- Interkulturelle Kompetenz
- Gewaltprävention und Deradikalisierungsmaßnahmen

Angebote für Jugendliche umfassen:

- Projekte, die diese bei ihrer Integration in unsere Gesellschaft unterstützen, wie beispielsweise das in Kürze in Salzburg startende Projekt „HEROES: Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre und für Gleichberechtigung“.

3. Landesrätin für Ein-, Durch- und Auswanderung: Antrag für Maßnahmen zur Stärkung demokratischer Prinzipien

Für ein friedliches Miteinander unserer Gesellschaft muss jedes Mitglied deren demokratische Prinzipien kennen und anerkennen.

Dazu gehören insbesondere

- die Säkularität, also die Trennung zwischen Politik und Kirche
- die Menschenrechte und
- die Gleichbehandlung der Geschlechter.

3. OÖ - Parallel-Regierungssitzung

3. März 2016

„Da Frauen 50 Prozent der Bevölkerung stellen, gebühren ihnen auch 50 Prozent der Macht. Und das in allen Bereichen. Wer glaubt, zu klein zu sein, um die Welt zu verändern, hat noch nie mit einem Moskito in einem Zelt geschlafen. Wir sind der Moskito für die Mächtigen.“

1. Landeshauptfrau: Antrag zur Einrichtung eines Monitorings zum wirkmächtigen Ausgleich der Gender-Schiefelage in OÖ.

Zur Sichtbarmachung und Bereinigung der Gender-Schiefelage in Entscheidungs- und Kontrollgremien in Politik, Wirtschaft und Sozialpartnerschaft benötigen wir aussagekräftiges Datenmaterial. Nur eine entsprechende Datenbasis in Verbindung mit definierten Zielen ermöglicht die Entwicklung und Einführung wirksamer Instrumente und Stufenpläne. Diese Instrumente benötigen ihrerseits eine systematische Überprüfung der von ihnen angestoßenen Prozesse, um sie gegebenenfalls im Hinblick auf ihre Wirkungen zu korrigieren.

Ich beantrage daher die Erarbeitung und Einrichtung eines systematischen Monitorings zur Erfassung des Gender-Gap in Oö. und in der Folge die Definition von Zielen und Teilschritten zur Erreichung gelebter Geschlechtergerechtigkeit in Politik, Wirtschaft und Sozialpartnerschaft.

2. Landesrätin für Umwelt und Agrarwesen: Antrag zur Einbeziehung von Frauen bei Entscheidungen mit Umweltauswirkungen

Der Schutz der Umwelt ist längst zu einem zentralen Thema geworden, das in praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche einfließen muss. Oberösterreich ist hier in Teilen vorbildlich unterwegs. Dennoch: Zu sehr wurde in der Vergangenheit die ökologische Nachhaltigkeit vernachlässigt – und zu deutlich trägt diese Bilanz eine männliche Handschrift. Es liegt also der Schluss nahe, dass diese Defizite in klassisch männlich konnotierten Ressorts zum Beispiel in der Industrie, in der Raumplanung, im Straßenbau, im Mobilitätsbereich oder in der Energieversorgung mit dem Anheben des Frauenanteils in Entscheidungsgremien rascher behoben werden können.

Ich fordere, dass die Landesregierung beschließen möge, dass in allen Bereichen, in denen wesentliche, nachhaltige Umweltaspekte entschieden werden, eine verpflichtende Frauenquote von 50 Prozent festgelegt wird.

3. Landesrätin für Ein-, Durch- und Auswanderung: Antrag zur Einbeziehung von Migrantinnen rund um Migrations- und Integrationsaspekte

Zur Bewältigung der Migrationsbewegungen und für eine nachhaltige Integration ist der Einbezug von Migrantinnen und ihrer Sichtweisen unabdingbar. Gute Lösungen können nur gemeinsam entwickelt werden.

Ich beantrage daher die Erarbeitung eines Konzepts, wie die Einbeziehung von Migrantinnen und ihrer Sichtweisen bestmöglich gelingen kann, sowie die rasche Herbeiführung einer diesbezüglichen Entscheidung.

4. Landesrätin für Wirtschaft und solidarische Ökonomie: Antrag zur Einrichtung einer Anlaufstelle zur Unterstützung von Betrieben hinsichtlich Gleichstellung

Es ist nicht sinnvoll, dass sich jedes Unternehmen eigene GleichstellungsexpertInnen aufbaut. Für alle wesentlichen Fragen rund um Gleichstellung sowie maßgeschneiderte Maßnahmen für die Unternehmen ist die Einrichtung einer entsprechenden Unterstützungsstelle ratsam, welche berät, gemeinsam Maßnahmen entwickelt und auch die Umsetzung begleitet.

Ich beantrage daher die Einrichtung einer effizienten und effektiven Unterstützungsstelle für Gleichstellung in Unternehmen.

5. Landesrätin für geschlechtergerechte Budgetverteilung: Antrag auf konsequente Durchführung von Gender Budgeting

Frauen und Männer werden völlig gleich behandelt – wenn es um die Besteuerung geht. Warum soll das bei der Verteilung der Mittel dann anders sein?! Als Finanzlandesrätin setze ich mich dafür ein, dass die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gerecht verteilt werden.

Die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger haben somit künftig verbindlich darauf zu achten, dass Frauen und Männer in ausgewogenem Ausmaß von finanziellen Förderungen profitieren!

Ich fordere, dass öffentliche und privatwirtschaftliche Organisationen nur dann Subventionen erhalten, wenn sie nachweislich – d.h. mit Zahlen und Fakten belegbar – die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern.

Wir fordern 50 Prozent des Budgets für Frauen!

2. OÖ - Parallel-Regierungssitzung

28. Jänner 2016

Für mehr Sicherheit und Chancengleichheit

1. **Landesrätin für Bildung und soziale Kompetenz: Antrag über den Ausbau von Sensibilisierungsmaßnahmen und Gewaltprävention im schulischen und außerschulischen Bereich für Kinder und Jugendliche.**

Gewalt im öffentlichen Raum ist medial stark wahrnehmbar, Gewalt im familiären Bereich wird dagegen häufig verschwiegen. Gewalt und sexualisierte Gewalt kommt in allen gesellschaftlichen Schichten, in allen Ethnien und jeder Altersgruppe vor.

Das Gewaltschutzgesetz gibt verschiedene Handlungsspielräume in der Intervention gegen Gewalt. Es ist notwendig im Bezug auf Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Kinder, einen breiten gesellschaftlichen Prozess der Sensibilisierung zu gehen und zu verstärken. Die Maßnahmen im Bildungsbereich haben immer Auswirkungen darüber hinaus.

Insbesondere im Bildungs- und Betreuungsbereich ist eine umfassende, differenzierte und flächendeckende Kampagne mit allen in diesem Bereich tätigen Organisationen und Stellen zu entwickeln und zu fördern. Projekte und Angebote der Kinder- und Jugendanwaltschaft und verschiedener Gewaltschutzeinrichtungen, Präventionsstellen und Interventionsstellen müssen nachhaltig, kontinuierlich und flächendeckend angeboten und koordiniert werden.

Bildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung, sowie zur Weiterentwicklung von Handlungskompetenzen für Lehrende und Betreuende im Bildungs- und Freizeitbereich für Jugendliche und Kinder ist in einem höheren Ausmaß als derzeit zur Verfügung zu stellen.

Gewaltpräventive Ethik ist in die Aus- und Fortbildung von Lehrenden und Betreuungspersonen verstärkt zu implementieren. Für jede Einrichtung im Bildungs- und Betreuungsbereich muss eine unabhängige, fachlich kompetente Ansprechperson zur Verfügung stehen. Ineinandergreifen von Prävention und Intervention ist durch Koordinierung und Finanzierung zu ermöglichen und zu fördern.

Ich beantrage daher die Erhöhung der finanziellen Ressourcen um den differenzierten, flächendeckenden Ausbau kostenfreier Angebote zur Sensibilisierung und Gewaltprävention, sowie Intervention und deren Koordination für den schulischen und außerschulischen Bereich zu ermöglichen.

2. **Landesrätin für Ein-, Durch- und Auswanderung: Antrag zur Berücksichtigung der besonderen Situation von Frauen auf der Flucht.**

Frauen und Kinder auf der Flucht sind besonders schutzbedürftig, sie sind selbst hier in Europa noch Ausbeutung, Diskriminierung, Gewalt und sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Zudem leiden viele Frauen auch nach ihrer Flucht unter den geschlechtsspezifischen Gewalterfahrungen, die sie in ihren Herkunftsländern erfahren haben. Wir fordern, dass der besonderen Schutzbedürftigkeit von Frauen und Kindern auf allen Etappen der Flucht Rechnung getragen wird und spezifische Maßnahmen für

sie entwickelt werden.

Speziell für Frauen auf der Flucht stelle ich folgende Forderungen:

- a) **Sichere Asylunterkünfte für Frauen und Kinder** (Nach Geschlechtern getrennte, abschließbare Sanitäreinrichtungen sowie versperrbare Räume für allein reisende Frauen und Kinder in Asylunterkünften)
- b) **Rechtsberatung für Frauen und Kinder in Bezug auf ihre spezielle Lage** (Aufklärung von Frauen und Kindern darüber, dass Gewalt in jeder Form eine Straftat darstellt, die sie nicht länger hinnehmen müssen.)
- c) **Anerkennung von geschlechtsspezifischen Fluchtgründen für Frauen** (Geschlechtsspezifische Fluchtgründe müssen ernst genommen und umfassend anerkannt werden.)

**3. Landesrätin für Männerangelegenheiten und Kinderbetreuung:
Antrag auf Erhöhung der Mittel für Männerberatung und gegen Verhaltensregeln für Frauen**

Sexuelle Übergriffe sind ein Verbrechen und es muss alles getan werden, um solche Übergriffe zu verhindern. Es darf zu keiner Form von Verharmlosung einer Tat kommen. Und keinesfalls dulden wir Verhaltensvorschriften für Frauen wie Ausgehverbot, eine Armlänge Abstand oder Ähnliches.

Ich fordere daher eine proaktive, niederschwellige präventive Männerberatung, die Gewalt gegen Frauen und Kinder offen zum Thema macht. Dazu beantrage ich eine zweckgebundene Erhöhung der Männerförderprogramme um 10% und fordere alle öffentlichen Einrichtungen auf, sich von Verhaltensvorschriften gegen Frauen klar zu distanzieren.

1. OÖ - Parallel-Regierungssitzung

19. November 2015

1. Landesrätin für Männerangelegenheiten und Kinderbetreuung

Ich beantrage eine Aufstockung des Budgets für Männerberatung um 15% für zum Beispiel Seminare zum Reflektieren des eigenen Männerbildes und für Bubenarbeit.

Darüber hinaus beantragen wir eine stufenweise Erhöhung des Anteils männlicher Pädagogen im Elementarbereich.

Zudem beantrage ich eine 40% Quote für Männer in der künftigen Landesregierung.

2. Landesrätin für Ein-, Durch- und Auswanderung

Die derzeitigen Wanderbewegungen von Menschen östlich und südlich der Alpen nach OÖ und durch OÖ machen es nötig die Gesetzgebung anzupassen. Nach Schätzungen werden 2015 pro 100 in OÖ lebender Menschen 1 - 1,5 Personen hinzukommen. Gleichzeitig werden 2015 1 - 1,5 Personen von 100 OÖ verlassen. Damit hält sich die Bevölkerungszahl in der Waage. Ein Wirtschaftswachstum und eine Belebung ländlicher Gebiete werden erwartet. Partei- und Ressort-übergreifend wird folgender Antrag von mir gelesen:

Ich stelle den Antrag 1: Alle Menschen, die sich ansiedeln wollen werden berechtigt zur Niederlassung in OÖ und erhalten unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Antrag 2: Für Menschen auf der Durchreise werden Verpflegung und Unterkunft zur Verfügung gestellt - die Mittel werden auf die Budgets aller Ressorts prozentuell verteilt.

3. Landesrätin für geschlechtergerechte Budgetverteilung

Laut Bundesverfassung sind wir zur Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet. Der Bund, wir als Länder und die Gemeinden haben daher bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben. Dieses „Anstreben“ ist meiner Meinung nach zu wenig. Als Landesrätin für geschlechtergerechte Budgetverteilung stelle ich daher den Antrag, dass künftig sämtliche Budgetbeschlüsse auf ihre geschlechtergerechte Wirkung überprüft werden müssen und nur dann eine Zustimmung zum Budget erteilt wird, wenn eine entsprechende geschlechtergerechte Ausgewogenheit gegeben ist. Ich bitte um Zustimmung.

4. Landesrätin für leistbares und qualitätsvolles Wohnen

Die Wohnbauförderung an Mieterinnen wurde in den letzten Jahren aus Spargründen massiv gekürzt. Es werden u.a. die Alimente zum Einkommen gerechnet. Tatsächlich handelt es sich dabei um kein Einkommen der Frau sondern um finanzielle Unterstützung für das Kind. Dadurch fallen viele Alleinerziehende aus der Förderung. Die höhere Miete entzieht somit direkt die Lebensqualität der Kinder. Da es für diese Bevölkerungsgruppe im Gegensatz zur Bauindustrie keine Lobby gibt stellen wir den Antrag, dass im Sinne des Gender Budgeting festgestellt wird, wie die gesamten Fördergelder der Wohnbauförderung des Landes OÖ unter planungs- und verteilungsrelevante Gesichtspunkten aufgeteilt werden und in welchem Ausmaß und Anteil Frauen (und Kinder) direkt gefördert werden. Immerhin geht es da um unser aller Verantwortung zum leistbaren Wohnen und Leben.

5. Landesrätin für Bildung und soziale Kompetenz

Die Landesregierung möge beschließen, dass ab dem Schuljahr 2016/17 flächendeckend an allen oberösterreichischen Schulen ein neues Unterrichtsfach eingeführt wird, das sich mit der Querschnittsmaterie Geschlechtergerechtigkeit befasst. Alle Schüler_innen sollen dadurch ein umfassendes Wissen in Bezug auf die derzeitige Ungleichbehandlung von Frauen und Männern in vielen Bereichen unserer Gesellschaft erwerben und Sensibilität für Geschlechtergerechtigkeit entwickeln.

6. Landesrätin für Umwelt und Agrarwesen

Klimaschutz und Artenvielfalt sind in den letzten Jahren immer mehr ins Zentrum des Interesses von Umwelt- und Agrarwesen gerückt. Das Land OÖ hat eine sehr große Agrar-Gemeinde und beruft sich auf eine große Artenvielfalt.

Ich stelle daher Antrag 1, das Land OÖ in den nächsten 15 - 20 Jahren zum Bioland OÖ umzustellen.

Antrag 2: Änderung der Wahlberechtigung für alle Gremien im Agrar- und Umweltbereich. Der Vorschlag aus dem Agrar- und Umweltausschuss mit Unterstützung des Ressort Männer und Kinderbetreuung lautet: ein verpflichtendes Reißverschlussystem für Frauen und Männer unter besonderer Rücksichtnahme von Jungbäuer_innen, was im Idealfall eine 50% Quote ergibt.

7. Landesrätin für Verkehr und Energie

Wir beantragen die freie Fahrt im öffentlichen Verkehr. Dies kommt insbesondere den Frauen zugute. Umweltfreundliche und nachhaltige Energieformen sollen im Fokus stehen.

8. Landesrätin für Kunst und Kultur

Ich beantrage eine 100% Aufstockung des Kunst- und Kulturbudgets. Die Vergabe erfolgt an OÖ. Künstlerinnen in den Bereichen, Kunstankäufe, Projektförderung und Kunst am Bau und an Frauen*- und Migrantinnen Kulturvereine, mit der Zusicherung einer Basis- und Projektförderung für mindestens 10 Jahre.

9. Landesrätin für Wirtschaft und solidarische Ökonomie

Halbe-Halbe bei der Mitbestimmung und Vertretung in Entscheidungs- und Kontrollgremien von Wirtschaft, Sozialpartnerschaft und weiteren Bereichen. Ab sofort werden statistische Daten zur Vertretung von Frauen und Männern in diesen Gremien erfasst und transparent gemacht. Meine Forderung ist eine ausgeglichene Geschlechterparität in etlichen Entscheidungsfragen von Wirtschaft und Sozialpartnerschaft. Schließlich sind fast die Hälfte der Menschen in OÖ männlich. Ich appelliere an alle Parteien Gerechtigkeit zu üben und in Zukunft 50 zu 50 % Frauen und Männer bei Entscheidungsfragen einzusetzen und auch in der Budgetierung Transparenz einzuführen. Weiters wäre wichtig die oft diskutierte Mindestpension auf € 1200,- aufzustocken. Dieser Punkt ist besonders dringend um der ansteigenden Altersarmut entgegenzuwirken.

* * *